



*Werte erhalten -
Zukunft
sozial gestalten*

Das Programm der Partei
Graue Panther

ENTWURF

Inhalt

Präambel	4
Sicherung der Freiheitsrechte aller Bürger und Stärkung der direkten Demokratie	5
Wahlrecht, Parteienfinanzierung, Politikerprivilegien	7
Trennung von Amt und Mandat	8
Wirtschaft, Steuern, Renten, Familien- und Sozialpolitik	9
Medien	13
Innovationen und Subventionen	14
Innere Sicherheit und Justiz	15
Wohnungsbau und Baurecht	17
Umweltschutz	18
Gesundheit und Pflege	20
Kultur und Sport	22
Bildung	23
Selbstbestimmung ohne Altersdiskriminierung	24
Migration und Emigration	25
Digitalisierung und Bargeld	27
Verteidigung, Frieden und Völkerverständigung	28
Deutschland und Europa	29

Werte erhalten - Zukunft sozial gestalten

Dafür steht die Partei Graue Panther. Ja, wir wollen Bewährtes erhalten, aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen und für Neues offen sein. Aber nicht alles Neue ist besser. Deshalb gehört nicht nur das Alte, sondern auch jede neue oder auch nur vermeintlich neue Idee auf den Prüfstand von Wissenschaft und Praxis.

Wir wollen soziale Verantwortung stärken und jedem Menschen in unserem Land ein würdiges, selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit ermöglichen.

Gerade deshalb lehnen wir neue sozialistische Experimente aller Couleur ab. Der Sozialismus und sein diabolischer Bruder, der Nationalsozialismus sind in Deutschland und weltweit zu Recht gescheitert, nachdem sie unendliches Leid in die Welt gebracht haben. Wir haben gelernt: Frieden, Freiheit und Wohlstand gedeihen nicht in einem Obrigkeitsstaat. Der Staat und seine Organe sind bestimmt, den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.

Aufbauend auf der Erfahrung von Generationen, in Verantwortung und Sorge um unser Land bekunden wir unseren Willen, uns aktiv und gemeinsam mit allen Verteidigern von Freiheit und Demokratie für dieses Land, unser Deutschland, in unserem Europa einzubringen.

Sicherung der Freiheitsrechte aller Bürger und Stärkung der direkten Demokratie

Von Demokratie und Gerechtigkeit sprechen alle, jedoch versteht fast jeder etwas anderes darunter. Deshalb lehnen wir den pauschalen Gebrauch des Wortes Gerechtigkeit in der Politik als unseriös ab und definieren unser Demokratieverständnis als eine Organisationsform, in der sich jeder gleichberechtigt einbringen darf und gleich behandelt wird, in der Mehrheitsentscheidungen gelten, diese aber die Bürger- und Freiheitsrechte von Minderheiten und jedes Einzelnen nicht aufheben dürfen. Außerdem muss gewährleistet sein, dass auch geltende Mehrheitsentscheidungen jederzeit korrigierbar bleiben.

Im Rahmen der Möglichkeiten des geltenden Rechts, insbesondere des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, wollen wir die Möglichkeiten der Bürger zur direkten Mitwirkung an den wichtigen Entscheidungen der Politik ausbauen. Ja, wir wollen mehr Demokratie wagen, auch wenn nicht jede Mehrheitsentscheidung sich im Nachhinein als richtig erweist.

Dazu unterstützen wir die Forderung, Bürgerbefragungen und -initiativen, Volksabstimmungen und Volksentscheidungen nicht nur auf kommunaler oder Landesebene zu ermöglichen, sondern auch da, wo die wirklich wichtigen Entscheidungen für das Leben der Bürger getroffen werden, also im Bund und auch in Europa.

Das Grundgesetz selbst lässt in Art. 20 (2) die Möglichkeit von Abstimmungen zu, führt dazu aber nichts näher aus.

Art. 146 spricht sowohl in der alten Originalfassung als

auch in der durch den Einigungsvertrag geänderten Fassung von dem Tag, an dem das Grundgesetz durch eine Verfassung ersetzt wird, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Da aber auch hier nicht zwingend bestimmt ist, wann dies zu geschehen hat, oder gar wie das Volk diese Entscheidung selbst herbeiführen könnte, blieb es auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands bei einer Suggestion.

Das Grundgesetz wurde seit 1949 im Schnitt fast jährlich geändert. An einer Änderung mit der Zielrichtung weitergehender direkter Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung aber sind die meisten Abgeordneten naturgemäß nicht interessiert. Es bleibt also nur der Weg, künftig nur noch solche Abgeordnete und Parteien zu wählen, die für den Ausbau der Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte der Bürger eintreten und ihre kontrollierende Aufgabe gegenüber Regierung und Verwaltung verstärkt wahrnehmen.

Wir schützen die im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte der Bürger und werden einer immer weiteren Aufweichung dieser Rechte durch Gesetzesänderungen, Ausnahmen und einschränkende Verordnungen entgegen-treten.

Auch die Eindämmung der Bürokratie ist nicht nur ein vernünftiges wirtschaftliches Gebot, sondern Teil des Kampfes zum Erhalt der Freiheitsrechte der Bürger.

Ausufernde Bürokratie und Bevormundung in vielen kleinen Dingen des Alltags schränken die Freiheitsrechte der Bürger immer mehr ein und behindern die Entwicklung der Wirtschaft.

Jede Regierung hat immer wieder auch den Abbau von Bürokratie als Ziel ausgegeben. Herausgekommen ist bis

heute eine immer schnellere Flut von noch mehr Regelungen, Vorschriften, Einschränkungen und Belastungen. Wir treten dieser Flut entgegen und werden uns aktiv für die Beseitigung bereits bestehender ausufernder Regelungen einsetzen.

Mit unserer Forderung nach mehr direkter Demokratie wollen wir die Parlamente nicht abschaffen (wenn auch verkleinern). Im Gegenteil: Sie sollen Ihrer Aufgabe als gesetzgebende Körperschaft und Kontrollorgan von Regierung und Verwaltung mehr als bisher wahrnehmen. Dazu sind wir offen zur Zusammenarbeit mit allen gewählten Abgeordneten. Parlamentarier sollen nicht entweder Anhängsel einer Regierung oder machtlose Opposition sein. Sie sollen auch eigene Initiativen ergreifen und gegebenenfalls auch mit wechselnden Mehrheiten wichtige Gesetze erarbeiten und beschließen.

Wahlrecht, Parteienfinanzierung, Politikerprivilegien

Wir treten für eine Reform der Parteienfinanzierung und eine Abschaffung der undemokratischen 5% Sperrklausel bei Wahlen ein.

Es darf künftig auch nicht mehr den wechselnden Auffassungen der obersten Richter obliegen, wie solche grundlegenden Bestandteile des Wahlrechtes und damit der Demokratie ausgestaltet werden.

Hier muss eine Verfassung eindeutige Regelungen für mehr Demokratie und Transparenz enthalten.

Wir fordern eine deutliche Verkleinerung der Parlamente, eine Reduzierung der Ausgaben für deren Arbeit und die der Parteien. Insbesondere lehnen wir die verdeckte Parteienfinanzierung über parteinahe Stiftungen, Institute und Vereinigungen ab.

Politiker, die aus den Parlamenten oder Ämtern ausscheiden, dürfen nur noch kurzzeitige Übergangsgelder erhalten. Lebenslange Extraversorgung und staatlich bezahlte Büros auf Lebenszeit sind abzuschaffen.

Über die Höhe der Bezüge von Abgeordneten dürfen diese nicht mehr selbst entscheiden.

Trennung von Amt und Mandat

Die Partei Graue Panther setzt sich für die Trennung von Amt und Mandat bei Volksvertretern in allen Parlamenten ein.

Das heißt, jeder gewählte Abgeordnete, der ein politisches Amt übernimmt, muss sein Abgeordnetenmandat an die Partei oder Wählergemeinschaft zurückgeben. Eine Hauptaufgabe aller Parlamentarier ist die Kontrolle von Regierung und Verwaltung. Als Teil dieser Organe ist die Erfüllung dieser Aufgabe nur schwer zu sichern.

Wir behalten es uns deshalb vor, auch unabhängige parteilose Fachleute in Ämter zu entsenden und damit auch die Kompetenz der Amtsträger zu erhöhen.

Wirtschaft, Steuern, Renten, Familien- und Sozialpolitik

Wir verstehen uns als Verfechter der sozialen Marktwirtschaft und wollen die Fehler einer gesamtstaatlich oktroyierten Planwirtschaft nicht wiederholen. Der Staat setzt lediglich verlässliche Rahmenbedingungen, die nachvollziehbar sind und von der Mehrheit des Volkes dauerhaft getragen werden.

In kaum einem Land wird Arbeit so hoch besteuert wie in Deutschland. Selbst Mindestlohnempfänger und auch viele Rentner müssen Einkommenssteuern zahlen. Unser langfristiges Ziel ist eine umfassende Steuer- und Abgabenreform, die dazu führt, dass Arbeitslöhne und Einkommen bis zur Höhe des Durchschnittseinkommens nicht mehr besteuert werden.

Wie das Wort Steuern aussagt, sollten mit Steuern nicht nur Mittel für den Staatshaushalt generiert, sondern auch steuernde Wirkungen ausgeübt werden.

Aber wie rechtfertigt sich dann die Besteuerung von Arbeit, die die Grundlage unseres gesellschaftlichen Reichtums bildet?

Jeder Schritt in diese Richtung wie die Erhöhung des Grundfreibetrages oder die steuerliche Freistellung von Überstunden, Mehrarbeit oder Rentenzuverdienst werden von uns deshalb unterstützt.

Offen sind wir im Gegenzug für eine Erhöhung der Spitzenbesteuerung bei privaten Einkünften in jährlicher Millionenhöhe. Private Einkünfte in dieser Größenordnung können nicht durch gesellschaftlich notwendige Arbeit erzielt

werden. Gegenwärtig zahlt ein gut qualifizierter Facharbeiter, Angestellter, Ingenieur oder Handwerker auf sein Einkommen eine höhere Steuer als ein Spekulant, der sich mit der Abgeltungssteuer auf seine Gewinne freikaufen und Verluste zudem steuerlich geltend machen kann.

Davon zu unterscheiden ist die Besteuerung von Betrieben und Körperschaften, da diese durch zu hohe Steuern Investitionskraft verlieren und im internationalen Vergleich benachteiligt wären. Aber Gewinne, die privatisiert, also diesen Unternehmen entzogen werden, können ggf. auch entsprechend höher besteuert werden.

Auch Verbrauchssteuern sollten künftig einen deutlich mehr steuernden Effekt enthalten, also soziale, gesundheitspolitische, wirtschaftsfördernde und umweltwirksame Aspekte stärker berücksichtigen.

So treten wir für eine möglichst geringe Besteuerung der wichtigsten gesunden Grundnahrungsmittel ein und fordern die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Handwerksleistungen und handwerksähnliche Dienstleistungen.

Dies wäre auch ein Beitrag zur Eindämmung von Schwarzarbeit.

Im Gegenzug ist an eine Erhöhung der Verbrauchssteuer für gesundheitsschädliche, umweltschädliche oder auch einfach überflüssige Produkte zu denken, etwa durch die Einführung eines dritten, erhöhten Mehrwertsteuersatzes oder die Einführung von Luxussteuern, wie sie auch andere Länder kennen.

Bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer treten wir für eine deutliche Anhebung und Dynamisierung der bestehenden Freibeträge bei gleichzeitiger Erhöhung der Steuersätze für besonders große Erbmassen ein. Auch für eine

Abschaffung dieser Steuern mit gleichzeitiger Integrierung in die allgemeine Einkommenssteuer unter Beibehaltung großzügiger Freibeträge sind wir offen.

Lotterie-, Wett- und ähnliche nicht erarbeitete Gewinne sollen künftig auch bei den Gewinnern mindestens als Einkommen besteuert werden.

Wir zielen auf einen umfassenden Umbau der Rentensysteme unter Beteiligung aller Bürger mit einer Flexibilisierung der Altersgrenzen und verschiedenen individuell nutzbaren Bausteinen.

Wir wollen damit den verschiedenen Belastungen und persönlichen Voraussetzungen gerechter werden und darüber hinaus auch die Schaffenskraft älterer Bürger noch nutzbar machen.

Da gegenwärtig ein solch genereller Umbau in Deutschland nicht durchsetzbar ist, fordern wir, die bestehende Rentenformel schon jetzt so zu verändern, dass die Dauer der Beitragszahlung stärker gewichtet wird. Dies würde zur Vermeidung von Altersarmut beitragen und die Sozialkassen von vielen Zuzahlungen entlasten. Auch die Erziehung von Kindern sollte in der Rentenberechnung stärker als bisher berücksichtigt werden. Wenn außerdem die Steuerfreibeträge deutlich erhöht werden, wie oben beschrieben, müssen Rentner ohne große Nebeneinkünfte, also die übergroße Mehrzahl, künftig keine Steuererklärung mehr abgeben.

Wir treten weiter für die Förderung von Ehe, Familie und Kindererziehung ein. Deshalb lehnen wir etwa die Abschaffung des Ehegattensplittings im Steuerrecht ab.

Allerdings befördern wir eine zusätzliche Komponente, wie ein Erziehungsgeld, das natürlich auch unverheirateten Erziehenden zusteht. Ebenso ist, wenn finanzierbar, ein arbeitsfreier Haushaltstag für alle Kindererziehenden erstrebenswert. Die Einschränkung der Finanzierbarkeit gebietet sich, da mit diesen Maßnahmen nicht die Wirtschaft, insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe belastet werden können. Ein staatlicher Ausgleich wäre also nötig. Mit einer Steuerreform nach unseren Vorstellungen (siehe oben) würde das Splitting ohnehin an Bedeutung verlieren, da Arbeitseinkommen insgesamt nicht bzw. niedriger besteuert wären.

Die Öffnungszeiten von Kindergärten sollen den jeweiligen Bedürfnissen der Betroffenen besser angepasst werden. Für Kinder unter 3 Jahren soll die tägliche Vollbetreuung in Krippen nicht der Regelfall sein. Vielmehr sind Familien und Alleinerziehende so zu stellen, dass ihnen eine Betreuung im Familienverbund erleichtert ermöglicht wird.

So wie die familiäre Altenpflege soll auch die Betreuung von Kleinkindern mehr finanzielle Unterstützung erhalten.

Das Streikrecht soll unangetastet bleiben, jedoch schlagen wir eine Schlichtungspflicht in allen systemrelevanten Berufen und Wirtschaftszweigen vor, insbesondere dort, wo kleine Gruppen die Möglichkeit haben, durch Streik einen hohen gesamtgesellschaftlichen Schaden anzurichten um ggf. unverhältnismäßige Abschlüsse zu erzwingen.

Medien

Die Medienvielfalt ist heute so groß wie nie zuvor. Nahezu jeder kann im Netz sein eigener Redakteur oder Kameramann werden oder einfach nur mehr oder weniger sinnvolle Kommentare abgeben.

Damit besteht die schwierigste Aufgabe jetzt darin, zu erkennen, was hinter der Botschaft steckt. Ist es offene oder getarnte Werbung, handelt es sich um eigenes Erleben, um seriöse Berichterstattung oder unbedachte oder gar absichtliche Falschinformation?

Ein von Werbeeinflüssen und privater Bevormundung unabhängiges Rundfunk- und Fernsehprogramm halten wir für eine große Errungenschaft.

Doch was ist mehr und mehr zu beobachten? Journalisten verstehen sich oft nicht mehr als neutrale Berichtersteller, sondern versuchen teils ganz bewusst ihre persönliche Sichtweise zu verbreiten, aus Journalisten werden Propagandisten. Wir können und wollen keinem Medienmitarbeiter verbieten, zu seiner Meinung zu stehen, auch wenn diese oft nur indirekt, vielleicht sogar unbewusst in die Arbeit einfließt. Aber zumindest im öffentlich-rechtlichen Bereich muss dafür gesorgt sein, dass auch andere, auch konträre Meinungen zum Ausdruck kommen.

Fast jeder zahlt, aber bestimmt wird das Programm und vor allem die Auswahl der verantwortlichen Redakteure und Journalisten durch einige wenige Langzeitintendanten mit guter Vernetzung in die Politik. Rundfunkräte und der ZDF-Fernsehrat, die die öffentlich-rechtlichen Sender beaufsichtigen sollen und auch die Intendanten bestellen,

sind alles andere als ein Spiegel unserer Gesellschaft und in keiner Weise wirklich demokratisch legitimiert. Zwar sind dort viele Organisationen vertreten, doch diese entsenden Funktionäre, die oft nicht einmal die Interessen der eigenen Mitglieder vertreten. Aber niemand vertritt den nicht organisierten Beitragszahler.

Qualitätsfernsehen hat seinen Preis. Und die Öffentlich-Rechtlichen haben auch einen Bildungsauftrag. Allerdings nicht im Sinn einer einseitigen, parteipolitischen Beeinflussung. Wenn es denn ein verfassungspolitischer Auftrag ist, kann dieser auch aus dem Staatshaushalt bezahlt werden. Dann zahlen wirklich alle, aber sozial wesentlich gerechter. Wichtig ist nur, dass mit der direkt staatlichen Finanzierung keine parteipolitische Einflussnahme einhergeht.

In diesem Sinne fordern wir die Abschaffung der Rundfunkgebühren und eine unabhängige Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Medien unter Ausschluss der Politik.

Innovationen und Subventionen

Es gibt wichtige Wirtschaftsbereiche, die ohne Subventionen nicht lebensfähig wären. Wenn wir z.B. eine umweltverträgliche, regional verankerte und weitgehend bäuerliche Landwirtschaft in Europa bei gleichzeitig günstigen Nahrungsmittelpreisen fordern, geht das nicht ohne Subventionen. Das trifft auch für andere Bereiche wie den öffentlichen Personennahverkehr zu. Auch bei Wirtschaftszweigen, die gute Zukunftsaussichten bieten oder schlicht für unsere Daseinsvorsorge wichtig sind, wie die Eigen-

produktion der wichtigsten Medikamente in Europa, sind Anschubsubventionen vertretbar.

Die exorbitante Höhe gegenwärtiger Subventionen für außereuropäische Unternehmen der Halbleiterindustrie ist allerdings mehr als fragwürdig. Mit weniger Geld wäre es wahrscheinlich möglich, eine eigene, modernere Chip-industrie aufzubauen und auch andere Zukunftsprojekte zu fördern.

Subventionen müssen von unabhängigen Fachleuten immer wieder auf Wirksamkeit und Mitnahmeeffekte geprüft werden. Auch sollte uns bewusst sein, dass Subventionen noch mehr als jede andere Staatsausgabe ohnehin, zum betrügerischen Missbrauch anregen.

Innovationen aus eigener deutscher und europäischer Forschung, Wissenschaft, Technik und Wirtschaft verdienen Unterstützung und rechtfertigen Anschubfinanzierungen, sei es durch Steuererleichterungen oder in besonderen Fällen auch direkte Zuwendungen.

Innere Sicherheit und Justiz

Polizei und Justiz müssen jederzeit in der Lage sein, die Bürger bestmöglich zu schützen, Verbrechen schnell aufzuklären und eine angemessene Bestrafung zeitnah zu gewährleisten.

Dazu ist die Justiz gegebenenfalls zu ermächtigen, mehr Bagatelldelikte und zivile Streitigkeiten von geringem Streitwert in vereinfachten Verfahren schnell und ohne Berufungsmöglichkeiten zu entscheiden.

Straftaten, die unter Drogen, Alkoholeinfluss oder in einem psychischen Ausnahmezustand begangen werden, dürfen nicht mehr strafmildernd geahndet werden, vielmehr ist die Strafe der Täterpersönlichkeit anzupassen und kann ggf. ganz oder teilweise in geeigneten, gesicherten Entzugs- oder Heilvollzugsanstalten vollzogen werden.

Art und Höhe der Strafen sollten der von der Straftat und dem Täter ausgehenden Gefahr für die Bürger angepasst werden. So sollten Gewaltstraftaten verstärkt mit sofortiger und ggf. längerer Haft geahndet werden, wogegen andere Straftaten vermehrt mit anderen Sanktionen belegt werden können, Vermögensdelikte und z.B. Steuerstraftaten mit wesentlich höheren Geldstrafen und nur in Ausnahmefällen mit Haft.

Die Möglichkeiten zur Leistung gemeinnütziger Arbeit sollten ausgebaut und über die verstärkte Verhängung anderer Strafen wie etwa Führerscheinentzug, Reise- und Aufenthaltsverbote, Kommunikationssanktionen (wie ein Handyverbot u.ä.) nachgedacht werden.

Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Richterbundes, eine unabhängige Justizverwaltung einzurichten und die Justiz damit im Sinne der Gewaltenteilung von politischer Einflussnahme unabhängiger zu machen.

Die Rolle des Verfassungsschutzes ist kritisch zu hinterfragen. Seine Abhängigkeit von der Politik ist zu beenden und seine Tätigkeit ggf. auf die Spionageabwehr zu begrenzen, wohingegen die innerdeutsche Aufklärung dem polizeilichen Staatsschutz zuzuordnen wäre.

Wohnungsbau und Baurecht

Die Regierungen in Bund und Ländern haben den Wohnungsbau in den letzten Jahren vernachlässigt.

Zudem ist die Bevölkerung in Deutschland zuletzt schneller gewachsen als erwartet. Obwohl Deutschland mit ca. 4 Milliarden m² über mehr Wohnraum verfügt als je zuvor, kommt es deshalb vor allem in Großstädten und Ballungsräumen zu Engpässen in der Wohnungsversorgung. Insgesamt gibt es nicht zu wenig Wohnraum. Jedoch ist dieser sehr ungleich verteilt und zu viele drängen in die beliebtesten Großstädte. Individuelle Ansprüche an den Wohnraum sind größer geworden, aber auch die Vorgaben des Baurechtes und andere Auflagen machen Wohnen und Bauen immer teurer.

Demzufolge fordern wir eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des deutschen Baurechtes mit weniger komplexen Anforderungen.

Es sollte möglich sein, z.B. für Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften, kostengünstige Wohnungen für den Grundbedarf zu bauen.

Daneben soll auch das Wohneigentum gefördert werden.

Deutsche besitzen wesentlich weniger Wohneigentum als die meisten anderen Europäer.

Wohneigentum entlastet den Wohnungsmarkt und stärkt die Bindung an das Wohnumfeld und das Verantwortungsgefühl dafür. Mittel dazu sind u.a. Absenkung oder Wegfall der Grunderwerbssteuer für den Sozialwohnungsbau und selbstgenutztes Wohneigentum, zinsgünstige staatliche Kredite ohne solche Auflagen, die bauen, modernisieren und

sanieren mit staatlich geförderten Krediten gegenwärtig deutlich verteuern.

Umweltschutz

Da auch der Mensch ein Wesen der Natur ist, das von dieser in vielfältiger Weise abhängig ist, gilt es unseren gesamten Fußabdruck, also unseren Einfluss auf die Natur so gering wie möglich zu halten.

Dabei wehren wir uns gegen Versuche, den Umweltgedanken für politisches Machtkalkül zu instrumentalisieren und gegen die von besonderer Profitgier gezeichnete kommerzielle Vermarktung solcher Begriffe wie „Grün“ und „Bio“, deren Auswüchse inzwischen als „greenwashing“ bekannt geworden sind.

Umweltschutz gehört bereits seit Jahrzehnten zu den Kernthemen der Pantherbewegung.

Wir fordern eine nüchterne, wissenschafts- und analysegestützte Aufklärung zur Umweltproblematik.

Eine staatliche Zielsetzung von Millionen neuer Elektroautos etwa ist sicher nicht zielführend. So schön ein Elektroauto vielleicht auch sei: Die Batterien des neuen Autos sind der Sondermüll von morgen. Jedes neue Windrad ist ein Eingriff in die Natur und muss nach relativ kurzer Lebensdauer recycelt werden, was bisher nur sehr unvollkommen gelingt.

Es gilt also: Weniger ist mehr. Weniger an überflüssigem Konsum ist ein Mehr an Umweltschutz. Wegwerfmentalität, Markengläubigkeit und Modernisierungswahn treiben die Umweltzerstörung an.

Auch die so gepriesene schnelle, ungebremste und weitgehend unregulierte Digitalisierung macht da keine Ausnahme. Der weltweite Stromverbrauch der digitalen Medien ist inzwischen höher als der aller privaten und industriellen deutschen Verbraucher zusammen.

Wir unterstützen die Entwicklung und Verwendung langlebiger Produkte und verstärkte Recyclingbemühungen.

Dazu sind wir auch bereit, steuerliche Anreize zu schaffen und Steuermittel bereit zu stellen, da hier mit relativ geringem Aufwand großer Nutzen erreicht werden kann.

Wir Menschen verbrauchen mit wachsendem Wohlstand, mit wachsenden Ansprüchen und allein durch unsere ungebremst wachsende Zahl immer mehr natürliche Ressourcen und üben vor allem einen immer größeren Einfluss auf unsere Umwelt aus. Das bezieht sich auf nahezu alle natürlichen Gleichgewichte, insbesondere auch auf die Artenvielfalt.

Auch die natürlichen Klimaschwankungen bleiben durch menschliche Aktivitäten nicht unbeeinflusst, was den Handlungsbedarf in Bezug auf den Umweltschutz unterstreicht.

Wir wehren uns aber gegen eine einseitig am „Klimaschutz“ ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik und gegen die Verbreitung von geradezu mittelalterlich anmutenden Weltuntergangsszenarien.

Deutsche Emissionen haben nur einen marginalen Einfluss bei diesem weltweiten Problem. Da auf Deutschland wie auf andere Länder Mittel- und Nordeuropas durch einen mäßigen Temperaturanstieg dazu ggf. auch noch mehr Vor- als Nachteile zukommen könnten, ist es völlig unverantwortlich und für viele unserer Nachbarn auch durchaus

unverständlich, wenn ausgerechnet wir unsere Wirtschaft ruinieren und unseren Wohlstand gefährden, nur um auf diesem Gebiet eine einsame Vorreiterrolle zu spielen. Inzwischen hat sich aber hierzulande eine mächtige Lobby von Nutznießern und Profiteuren dieser unverantwortlichen Politik gefunden.

Wir stehen also für einen umfassenderen Umwelt- und Naturschutz, in dem die Verminderung von sogenannten Treibhausgasen nur einen Teilaspekt darstellt.

Gesundheit und Pflege

Deutschland verfügt über ein gut ausgebautes, aber auch sehr teures Gesundheitssystem. Auf Grund falscher Anreize im System nehmen Übermedikation, nicht wirklich erforderliche Eingriffe, vorzeitige Hospitalisierung und stationäre Pflege immer mehr zu. Andererseits unterbleiben wichtige Vorsorgeuntersuchungen und Rehabilitationsmaßnahmen oft aus Mangel an Kapazitäten oder schlicht, weil sie zu wenig Profit generieren.

Die wirkungsvollste Medizin ist anerkanntermaßen die Vorsorge. Rehabilitation geht schon jetzt per Gesetz vor Pflege. Doch was nutzt das, wenn systemische Anreize weiterhin gegenteiliges Handeln generieren?

Allein die Forderung nach immer mehr Geld für ein nicht mehr effektives System löst die Probleme nicht.

Gesundheitsbewusste Lebensweisen werden kaum unterstützt und wichtige ärztliche u.a. Beratungsleistungen schlecht honoriert.

In Deutschland gibt es (2023) etwa 130 Krankenkassen, die nach eigenen Angaben sehr unterschiedliche, aber insgesamt viel zu hohe Verwaltungskosten erzeugen. Das Hauptproblem liegt aber nicht bei diesen, sondern in den vielen weiteren Verwaltungskosten des gesamten Gesundheitswesens. Trotz (oder gerade auch wegen?) immer mehr Computereinsatz erhöht sich der Verwaltungsaufwand in Krankenhäusern, Arztpraxen, Apotheken u.a. immer mehr.

Im Zuge der Neuorganisation des Gesundheitswesens präferieren wir eine einzige Kasse, die für die gesamte Grundversorgung zuständig ist und im Idealfall alle wichtigen Gesundheitsleistungen staatsfinanziert kostenlos anbietet.

Für besondere Leistungen, die medizinisch nicht unbedingt erforderlich sind, kann sich jeder dann bei dieser Kasse gegen Aufgeld oder bei einer privaten Kasse seiner Wahl zusätzlich versichern. Die Verwaltung soll sich auf das medizinisch und betriebsorganisatorisch erforderliche Maß reduzieren.

Wir fordern, die sofortige Beseitigung der Beitragsfallen privater Krankenversicherungen. Derzeit können junge gesunde Menschen private Krankenversicherungen zu Billigpreisen abschließen, im Alter aber ergeben sich Beiträge, die oft die halbe Rente kosten und ggf. von Sozialämtern bezuschusst werden müssen. Clevere wechseln rechtzeitig in die gesetzlichen Kassen zurück und belasten damit deren System zusätzlich.

In vielen Bereichen sind schnelle Verbesserungen erforderlich. So ist der gefährliche massenhafte Missbrauch von Antibiotika vor allem auch in der Tierhaltung einzudämmen.

Wir fordern den stetigen Ausbau und die weitere Modernisierung der Rettungssysteme.

Wir treten für den Ausbau ambulanter Behandlungsmöglichkeiten auch außerhalb der hausärztlichen Versorgung ein. Dies kann zur Entlastung von Rettungsstellen beitragen, Wartezeiten verkürzen und interdisziplinäre Untersuchungen und Behandlungen verbessern.

Wir fordern die finanzielle Besserstellung pflegender Angehöriger. Diese übernehmen nicht nur eine humanistische Aufgabe, sie entlasten auch das Pflegesystem in erheblichem Umfang.

Kultur und Sport

Es gibt in Deutschland traditionell ein großes kulturelles Angebot und dies ist in den letzten Jahren vor allem in den Großstädten immer vielfältiger geworden. Kulturelle Vielfalt ist begrüßenswert, jedoch sollten begrenzte staatliche Mittel besonders dort eingesetzt werden, wo sie die Pflege unseres Kulturgutes und humanistische Bildung wirkungsvoll unterstützen können. Gut verdienende Medienkonzerne oder Gaming-Entwickler benötigen keine staatlichen Subventionen.

Kulturelle Teilhabe sollte möglichst vielen und besonders auch der Jugend in Stadt und Land offen stehen, deshalb begrüßen wir die Förderung kultureller Institutionen und der Kulturschaffenden. Ziel sollte sein, ein attraktives, reales Angebot zu gestalten, dass für jeden erschwinglich und zugänglich ist. Auch um der digitalen und virtuellen Freizeitgestaltung eine Alternative entgegen zu setzen.

Wir wollen mehr Mittel für den Denkmalschutz einsetzen, für zusätzliches privates Engagement in diesem Bereich werben und die vielen ehrenamtlich Tätigen unterstützen.

Sport ist nachgewiesenermaßen die beste Medizin. Auch kann er für die Bildung von Gemeinschaft in gegenseitigem Respekt eine wichtige Rolle spielen.

Sportförderung für jedes Alter ist gut angelegtes Geld. Spitzensport kann begeistern und Vorbilder hervorbringen, Breitensport ist gerade in Zeiten oft wenig gesunder Arbeits- und Freizeitgestaltung unverzichtbar. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, Sportstätten z.B. auch Schwimmbäder zu erhalten und auch hier gilt es, die vielen Ehrenamtlichen zu würdigen und ggf. finanziell besser anzuerkennen.

Bildung

Wir stehen für eine umfassende Bildung unserer Jugend und darüber hinaus für die Möglichkeit der Bildung und Weiterbildung in jedem Lebensalter. Zur Bildung sollte neben der Vermittlung von theoretischem Wissen verstärkt auch die Vermittlung von Grundwerten und eine praxisorientierte Bildung gehören.

Wir sprechen uns gegen Versuche aus, den Leistungsgedanken aus Bildung und Gesellschaft zu eliminieren.

Mehr Schulabgänger sollten wieder einer Ausbildung im vorbildlichen System der dualen Bildung praktischen Berufen zugeführt werden. Das Abitur soll einerseits aufgewertet werden, die Abiturientenzahlen aber gleichzeitig verringert.

Hochschulen sollen verstärkt in solchen Fachrichtungen ausbilden, die in Wirtschaft und Gesellschaft wirklich benötigt werden.

Bildung soll kostenlos sein und jedem offen stehen. Deshalb ist eine Förderung von befähigten aber mittellosen Lernenden in Studium oder Ausbildung zu begrüßen.

Andererseits sollen Hochschulen aber auch Studierende an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen können. Insbesondere bei Mehrfachstudium, überlangem Studium oder dem Studium von Nicht-EU-Ausländern sind Studiengebühren angezeigt.

Selbstbestimmung ohne Altersdiskriminierung

Der Kampf gegen Altersdiskriminierung und Bevormundung ist seit ihrer Entstehung ein Anliegen der Pantherbewegung.

Vieles ist inzwischen erreicht worden, doch immer wieder müssen wir auf alte und auch neue Missstände aufmerksam machen. Die EU plant, ältere Autofahrer künftig regelmäßig zu prüfen und nur ältere, ohne jeden Anlass und ohne objektive Kriterien. Die müssten dann nämlich auf alle Kraftfahrer angewendet werden.

Oft sind auch heute noch ältere Bürger bei der Aufnahme von Krediten benachteiligt, obwohl sie die verlässlichsten Zahler sind und z.B. Immobilienkredite materiell abgesichert sein sollten und selbst im Todesfall immer ein Erbe eintritt. Ein erhöhtes Risiko für die Finanzwirtschaft also nicht besteht.

Die extreme Ungleichbehandlung älterer Versicherter in den privaten Krankenkassen wurde bereits im Kapitel Gesundheit aufgezeigt.

Die verfassungswidrige Doppelbesteuerung von Renten ist immer noch nicht vollständig abgeschafft und bei sozialen Ausgleichszahlungen bleiben Rentner mitunter unberücksichtigt. Komplizierte und teils schwer zugängliche Zuschüsse, Ausgleichszahlungen und Entlastungen wären allerdings überflüssig, wenn Rentner durch systemische Änderungen (s.o.) insgesamt besser gestellt werden.

Der Wahlomat der Bundeszentrale für politische Bildung, einer mit Steuermitteln bezahlten Behörde des Bundes, die mit Auswahl der Themen und Art der Fragestellung direkten Einfluss auf Wahlen hat, schließt in der Redaktion alle Personen über 26 Jahre bewusst aus! Klar das von dieser Redaktion kaum eine gesamtgesellschaftlich relevante Themenbehandlung zu erwarten ist und erfahrungsgemäß Rentner und deren Interessen gar keine Rolle spielen.

Dies sind nur einige der offensichtlichsten Diskriminierungen, über die außer uns kaum jemand spricht.

Wir setzen uns für sichere und auskömmliche Renten, ein selbstbestimmtes Leben in Würde und das Recht der gesellschaftlichen Teilhabe aller Senioren ein.

Migration und Emigration

Die aktuelle Situation in Westeuropa und insbesondere in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine weitgehend außer Kontrolle geratene faktische Einwanderung, auch wenn diese großteils unter anderem Namen daherkommt.

Wir möchten weiter ein offenes Land für Besucher aus aller Welt bleiben und lehnen weder Einwanderung noch den vorübergehenden Aufenthalt ausländischer Arbeitskräfte zum Zweck der Arbeitsaufnahme ab. Jedoch hat sich deren Umfang und Ausgestaltung ausschließlich nach den Interessen der deutschen Staatsbürger zu richten. Eine Einwanderung in die Sozialsysteme, wie sie gegenwärtig geschieht, ist zu unterbinden.

Deshalb fordern wir:

Asyl kann nur erhalten, wer glaubhaft darlegen kann, persönlich und individuell verfolgt und gefährdet zu sein. Dies trifft auf die allerwenigsten der gegenwärtigen Asylbewerber zu.

Die allgemeine Benachteiligung von Gruppen in den Herkunftsländern begründet kein Asylrecht, da diese weltweite Praxis ist und wahrscheinlich Milliarden Menschen betrifft.

Asylverfahren sind zu vereinfachen und deutlich zu beschleunigen. Alle Sozialleistungen sind bereits nach der Erstentscheidung einzustellen und das Klagerecht im Asylgesetz einzuschränken.

Kriegsflüchtlinge können eine Aufenthaltsduldung erhalten. Einen Anspruch auf Sozialleistungen soll der Flüchtlingsstatus grundsätzlich nicht begründen.

Für bestimmte Flüchtlingsgruppen, wie gegenwärtig die ukrainischen Flüchtlinge, können vorübergehend Ausnahmen aus solidarischen oder humanitären Gründen erfolgen.

Personen, die ausreisepflichtig sind, sollen keine staatlichen Sozialleistungen erhalten und die Straf- und Bußgeldvorschriften der § 95-98 Aufenthaltsgesetz verstärkt angewendet und dazu ggf. vereinfacht anwendbar gestaltet werden.

Bereits der Wegfall aller staatlichen Sozialleistungen für Nicht-EU-Ausländer wird das Problem der ungewollten Einreise nach Deutschland kurzfristig lösen und z.B. zusätzliche Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraumes überflüssig machen.

Verstärkt verlassen immer mehr deutsche Staatsbürger das Land. Das betrifft nicht nur Rentner, die sich in wärmeren Ländern einen angenehmen Lebensabend gönnen, sondern auch qualifizierte Fachkräfte, die auf Grund hoher Steuer- und Sozialabgaben, einer ausufernden Bürokratie, die besonders Selbstständige und Freiberufler trifft, aber auch wegen eines allgemeinen Klimas immer neuer Bevormundung, Deutschland den Rücken kehren. Wir rufen diese zum Bleiben auf und wollen mit den in diesem Programm vorgeschlagenen Maßnahmen, eine hohe Lebensqualität in Deutschland erhalten und ausbauen.

Digitalisierung und Bargeld

Wir stimmen nicht in den Ruf nach schneller und weitgehend unregulierter Digitalisierung aller Verwaltungsvorgänge und weiter Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens ein. Der Mensch ist ein analog denkendes, handelndes, fühlendes, biologisches Wesen. Die digitale Technik darf nicht Selbstzweck sein und darf das Leben der Menschen nicht beherrschen. Ja, wir wollen Digitaltechnik nutzen, wo sie dem Menschen dient, effektiv einsetzbar ist und keine neuen Formen der Diskriminierung erzeugt.

Es muss ein Recht auf ein analoges Leben geben.

In der staatlichen Verwaltung und den wichtigsten öffentlichen Einrichtungen heißt das: Das digitale Angebot soll ein zusätzliches Angebot sein. Die analoge Nutzung, insbesondere die direkte Kommunikation muss aber weiter gewährleistet sein.

Bargeld muss erhalten bleiben und öffentliche Kassen sollten keine Überweisungsdienste ausländischer privater Anbieter außerhalb des regulierten Bankensektors nutzen und keine Kryptowährungen akzeptieren.

Verteidigung, Frieden und Völkerverständigung

Im Wunsch nach Frieden sind sich sicher nahezu alle Menschen einig. Dass er trotzdem nicht selbstverständlich ist und immer wieder gebrochen wird, liegt weniger an naturgemäß wirklich unterschiedlichen Interessen von Gruppen und Völkern, als an der fehlenden wirksamen Übereinkunft, wie denn eigene Interessen zu vertreten und ggf. durchzusetzen seien. Die UNO hat in dieser Beziehung ebenso versagt wie vor ihr der Völkerbund.

Eine wichtige Voraussetzung für Frieden ist sicher die allgemeine Anerkennung eines Status quo im Sinne der Anerkennung eines Istzustandes, der nur in Verhandlungen unter Beachtung beiderseitiger Interessen verändert werden kann. Um wirksam zu sein, muss dies dann aber auch für einen als ungerecht empfundenen Zustand gelten. Der Ruf nach Gerechtigkeit geht immer ins Leere, da die meisten Kriege ohnehin für eine vermeintlich gerechte Sache geführt wurden und werden.

Die Erfahrung lehrt: Nahezu jeder Krieg hinterlässt selbst auf Seiten der Sieger mehr Schaden als durch den glänzendsten Sieg zu rechtfertigen wäre.

Über viele Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts wurde der Frieden nur durch Abschreckung aufrecht erhalten. Auch gegenwärtig gibt es leider keine Alternative zu einer wirksamen Prävention durch Abschreckung.

Deshalb unterstützen wir jedwede diplomatischen Bemühungen zur Beilegung internationaler Konflikte, treten aber auch klar für die Stärkung unserer eigenen Landesverteidigung ein. Die Bundeswehr muss in die Lage versetzt werden, die umfangreichen Aufgaben von Territorialverteidigung und Bündnisverpflichtungen zu erfüllen und mit dem begrenzten Einsatz von Kommandospezialkräften deutsche Interessen weltweit zu vertreten. Größere Auslandseinsätze, die sich nicht aus unmittelbaren Bündnisverpflichtungen ergeben, sehen wir dagegen kritisch.

Deutschland und Europa

Wir sind deutsche Patrioten und überzeugte Europäer. Nach den durch Nationalismus, Militarismus, Ideologie und Demagogie beförderten Katastrophen zweier Weltkriege hat die Idee eines friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker zum gegenseitigen Nutzen in historisch kurzer Zeit große Erfolge errungen. Jahrzehnte des Friedens, des wirtschaftlichen Aufschwunges und zunehmender individueller Freiheiten und Möglichkeiten kennzeichneten die Entwicklung in den am Projekt Europa beteiligten Staaten.

Inzwischen wird die von den europäischen Bürgern getragene Idee in ihrer praktischen Ausführung aber auch mehr und mehr von Lobbyisten, Berufspolitikern und Bürokraten vereinnahmt und wichtige Ziele und Aufgaben der Union durch eine Flut von sachfremden und bürokratischen Vorschriften überlagert.

Wir treten dieser Überregulierung entgegen und wollen uns wieder auf die wichtigen gemeinsamen Ziele konzentrieren.

Wir wollen die Zusammenarbeit in der Europäischen Union wie bisher insbesondere in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ausbauen und zusätzlich verstärkte Anstrengungen zu einer besseren militärischen Zusammenarbeit befördern. Europa soll seine Interessen verstärkt gemeinsam vertreten und sich in den wichtigsten Bereichen seiner Wirtschaft, Vorsorge und Verteidigung weniger von anderen Akteuren abhängig machen.

Einen von „oben“ verordneten europäischen Einheitsstaat lehnen wir ab. Vielmehr muss die europäische Idee der äußeren Einheit bei innerer Vielfältigkeit in den Völkern selbst wachsen und allen gleichermaßen zum Vorteil gereichen.

Anmerkung der Redaktion:

Ein Parteiprogramm, zumal das unsere, kann nicht alle Aspekte des Lebens und der aktuellen Politik aufgreifen oder gar erschöpfend abhandeln. An dieser Stelle treffen wir also zu uns wichtigen Themen grundlegende Aussagen, die unsere Meinung zum Ausdruck bringen und unser gemeinsames Handeln bestimmen sollen. In anderen Veröffentlichungen der Partei, ihrer Mitglieder und Sympathisanten finden sich Quellen, Hintergrundinformationen und detailliertere Darstellungen, sowie Diskussionen dazu.

Einige weitere Themen werden auch in unseren Reihen kontrovers diskutiert. So gibt es unterschiedliche Auffassungen zu einem mitunter geforderten bedingungslosen Grundeinkommen und einer allgemeinen verpflichtenden Sozialzeit. Bitte diskutieren Sie mit.

www.grauepanther.info

mail@grauepanther.info



GRAUE PANTHER
Frankfurter Allee 270
10317 Berlin

www.grauepanther.eu
post@grauepanther.eu